

Politische Rück- und Ausblicke. „Welche größten Baustellen hinterlässt das Bezirksamt für die kommende Wahlperiode?“, lautet die „Frage des Monats“ [auf der Webseite des Bezirks](#). Alle Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) nehmen dazu Stellung. Wir fassen die Beiträge hier zusammen.

Beim Bau preisgebundener Wohnungen und dem Radwegeausbau „müssen wir als Bezirk besser werden“, findet **Alexander Sempf** (SPD). Außerdem seien Milieuschutzgebiete nicht nur in Charlottenburg, sondern auch in Wilmersdorf nötig. „Gut vorangekommen“ seien Schulsanierungen, dabei „sind wir berlinweit spitze“. Auch bei der Schulwegsicherheit „sind wir einen ersten großen Schritt vorangekommen“. Der Bezirkshaushalt enthalte Geld für Gutachten, die in der nächsten Wahlperiode umzusetzen seien. Die Personalsituation im Bezirksamt habe sich verbessert, es gebe mehr Zu- als Abgänge. „Das muss nun durch eine Stärkung des Bewerbungsbüros und Erhöhungen der Ausbildungszahlen unterstützt werden.“ Das alte Schoeler-Schlösschen an der Wilhelmsaue werde bald weiter saniert. Nach dem Abschluss der Arbeiten wünsche sich die SPD, dass „alle das Programm in Zukunft mitentscheiden“. Für eine Instandsetzung und Wiedereröffnung der maroden Freiluftbühne im Volkspark Jungfernheide seien finanzielle Hürden genommen worden. Jetzt „warten wir auf Gutachten“ und die anschließende Realisierung.

Kritischer fällt naturgemäß die Bilanz der oppositionellen CDU-Fraktion aus. In deren Namen schreibt **Judith Stückler** von „fünf verschenkten Jahren“ in einigen Abteilungen des Bezirksamts. Dieses „sucht bis heute nicht den Dialog“ mit Unternehmen und Einzelhändlern, die unter wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise leiden. Bildungspolitisch vermisst Stückler „ein Bekenntnis zu den Europaschulen“. Außerdem mangle es an Kita- und Schulplätzen. Die soziale Infrastruktur sei eine „ebenso katastrophale Baustelle“ geblieben wie das Radwegenetz. Kulturschaffende hätten es nicht leicht. Beispielsweise sei das Konzept des Globe Theaters an der Sömmeringstraße weiterhin nur eine Interimslösung. Bei manchen Bauvorhaben zeige sich, dass es im Bezirksamts „kein Zusammenspiel“ zwischen den Abteilungen gebe. Insgesamt „fehlt es an Ideen und Gestaltungswillen“.

Viel zu lange habe der Bezirk seine eigenen Beschäftigten „vernachlässigt“, findet **Christoph Wapler** (Grüne). Der „Knackpunkt“ im Bezirksamt bleibe die Personalpolitik. „Beste Absichten nützen nichts, wenn niemand da ist, der sie umsetzt.“ Was jetzt endlich in Ansätzen geschehe, werde „Jahre brauchen, bis es Wirkung zeigt“. Dieser Vorwurf richtet sich erkennbar an den scheidenden Bezirksbürgermeister **Reinhard Naumann** (SPD). Lob spendet Wapler dem grünen Baustadtrat **Oliver Schruoffeneger**. Diese gehe mit neuen Milieuschutzgebieten „konsequent gegen die Verdrängung von Mieter:innen“ vor – bei „wütendem Protest von FDP bis AfD“. Dagegen werde das Zweckentfremdungsverbot vom zuständigen CDU-Stadtrat **Arne Herz** „nicht in gleichem Maße durchgesetzt“. Mit den Grünen habe die Verkehrswende begonnen. Als Beispiele nennt Wapler die Pop-up-Radwege in der Kantstraße und die Verkehrsberuhigung am Karl-August-Platz. Dort zeige sich aber auch, „wie zäh Konservative Auto-Privilegien verteidigen“.

Felix Recke und **Johannes Heyne** (FDP) zählen ungelöste Probleme auf. So hätten „Milieuschutzgebiete oder der verfassungswidrig eingeführte Mietendeckel“ den Wohnungsmarkt nicht entspannt. Als „geeignete Mittel“ nennt die FDP-Fraktion die Bebauung von Brachen wie dem Gelände des geplanten Westkreuzparks, den „Aus- und Aufbau von Dachgeschossen und Supermärkten“ und eine Überbauung der Stadtautobahn A 100. In der Verkehrspolitik habe die rot-grün-rote BVV-Mehrheit das Auto „zum Feindbild“ gemacht, kritisieren Recke und Heyne. Bei den (von der Senatsverkehrsverwaltung angeordneten) Pop-up-Radwegen in der Kantstraße habe es keine Bürgerbeteiligung gegeben. Sinnvoller seien Quartiersgaragen und Park & Ride-Plätze. Der Fuß- und Radverkehr müsse „durch bauliche Maßnahmen gestärkt“ werden. Bei der Digitalisierung sieht die Fraktion noch viel Nachholbedarf in der Verwaltung und in den Schulen.

Michael Seyfert (AfD) schreibt, das Bezirksamt dürfe Wohnungsneubau am Westkreuz nicht verhindern oder Modernisierungen „durch immer weitere Milieuschutzgebiete blockieren“. Der Bau von Hochhäusern solle nicht an „ideologischen Gründen“ scheitern. In der Personalpolitik bemängelt Seyfert eine „Herabgruppierung frei werdender Stellen“ und eine „unzureichende Digitalisierung der Arbeitsplätze“. Außerdem behauptet er, die Bezirksverwaltung stelle „oftmals minderqualifizierte Migranten“ an. Verkehrspolitisch lehnt auch Seyfert eine „Gängelung der Autofahrer“ ab. Zu den weiteren Kritikpunkten gehört ein „zu geringes Kita-Angebot“. Bei der Schulwahl würden Elternwünsche oft nicht erfüllt. In der Umweltpolitik dürfe der „Klimanotstand“ die Bürger „nicht bevormunden“. Seyfert erhebt außerdem einen typischen AfD-Vorwurf: „Vor Linksextremismus und politischem Islam verschließt das Bezirksamt die Augen.“

Die Linken stimmen in der BVV zwar in der Regel mit der SPD und Grünen, trotzdem zeigt sich Fraktionschef **Niklas Schenker** teilweise unzufrieden. Das von Stadträten der SPD, CDU und Grünen geführte Bezirksamt habe „zu wenig für den Mieter:innenschutz getan“. Seit 2016 sei „keine einzige Sozialwohnung im Bezirk“ gebaut worden. Als Lösungsidee der Linksfraktion nennt Schenker, bei privaten Bauprojekten einen 50-prozentigen Sozialwohnungsanteil vorzuschreiben. Außerdem wolle man den ganzen Bezirk unter Milieuschutz stellen und unterstütze den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“. Dem grünen Verkehrsstadtrat Oliver Schruoffeneger hält Schenker vor, der Straßenverkehr im Bezirk sei „kaum ökologischer oder sicherer geworden“. In der Haushalts- und Finanzpolitik lehnt die Linksfraktion „jeden Sparzwang“ ab. Es müsse genug Geld für mehr Personal, eine bessere Bürgerbeteiligung, eine „digitale und zügige“ Verwaltung, Jugendfreizeitheime und Kulturstätten geben.